

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 9-10

Artikel: Einbruch statt Durchbruch?
Autor: Vollmer, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340763>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einbruch statt Durchbruch?

Die medienpolitische Jahrhundertdebatte wie die erstmalige nationalrätliche Beratung eines schweizerischen Radio- und Fernsehgesetzes schon genannt wurde, ist hinter uns. Kommissionspräsidentin Lilian Uchtenhagen kann zweifellos einen persönlichen Erfolg buchen: Die Kommissionsvorlage hat sich nicht nur als parlamentarisch tragfähig erwiesen und in der Gesamtabstimmung nicht einmal eine einzige Gegenstimme provoziert. Der Gesetzesvorschlag hat offensichtlich die medienpolitische Interessenlage, wie sie sich in der schweizerischen Politlandschaft zur Zeit ausgebildet hat, in sich integrieren können. Die Ausgangslage war genügend vertrackt und die Gelüste einzelner Gruppen gross, eine einseitige Kraftprobe zu wagen.

Eine kritische Medienpolitik kommt trotzdem nicht um die Frage herum, welche Entwicklungen und Gesetzmässigkeiten denn unsere heutige, insbesondere die elektronische Medienlandschaft prägen?

Hat denn irgend jemand geglaubt, der Entwicklung des Fernsehens seien im Grunde andere Motive vorausgegangen als die Kommerzialisierung?

Bleibt einem da nur noch der Dank an alle, die uns die Phase, in der die elektronischen Medien den Staat, die öffentlichen Sendeanlagen und andere Monopoltechniken noch wirklich

benötigten, so einfallsreich mit kulturellen, politisch-demokratischen und anderen edlen Ansprüchen einer kritischen Publizistik angereichert zu haben? Führt uns eine ungeschminkte Entwicklungsanalyse nicht doch zum Schluss, dass wir vor dem endgültigen Durchbruch seichter Unterhaltung, gerissen angereichert mit Sex and Crime, im blutig nackten Kampf um hohe Einschaltquoten, diktieren vom Verkaufsgesetz der alles bestimmenden Werbepäpste, stehen?

Gesellschaftspolitisch fragwürdigste Kehrseite dieser Entwicklung, weg vom publizistischen zum kommerziellen Wettbewerb, ist eine neue Zweiteilung der Medienkonsumten. Die gemeinsamen "Landessender Beromünster, Sottens und Monteceneri" haben nicht nur technisch, viel mehr noch gesellschaftspolitisch schlapp gemacht. Da helfen alle gesetzgeberischen Vorgaben (oder sind es nur Wünsche) über die demokratische und kulturpolitische Bedeutung auch vom Kommerz unabhängiger Medien nur wenig.

Der Gesetzgeber hat zwar in einigen Bereichen (Ebenenmodell, Leistungsaufträge, SRG-Stellung, Beschwerdeinstanz etc) versucht, den noch vorhandenen nationalen Spielraum einigermassen zu nutzen. Doch hat er gleichzeitig wichtige Regelungsmöglichkeiten, wie breiter abgestützte Konzessionsvoraussetzun-

gen, Sicherung der Unabhängigkeit der Medienschaffenden und deren Zeugnisverweigerungsrecht, bewusst verachtet

Niemand in diesem Land wird sich Illusionen darüber machen, dass die Stunde der privaten nationalen Fernsehkette letztlich weniger vom "verantwortungsbewussten Willen" des Parlamentes, resp. jetzt insbesondere des Bundesrates abhängt, als von den ökonomischen Einschätzungen der kapitalkräftigen Investoren.

Ist es am Ende vielleicht für unsere demokratische Kultur sogar von Gutem, dass die neuen Medien-Jungunternehmer nur noch Geld verdienen wollen? Man stelle sich vor, sie empfänden plötzlich - wie weiland Springer in der BRD - einen politischen Auftrag.

*Peter Vollmer
Präsident SPS Medienkommission*